



Inhalt:

[Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Professorenbesoldung in Hessen widerspricht Verfassung – dbb fordert Bund und Länder zur Korrektur auf](#) +++

[Signal gegen Rassismus setzen – dbb unterstützt Aufruf zur Schweigeminute für Opfer rechtsextremen Terrors](#) +++

[dbb begrüßt Leistungsausweitung für Demenzkranke im Pflege-Neuausrichtungsgesetz – Neudefinition des](#)

[Pflegebedürftigkeitsbegriffs hätte aber Priorität haben müssen](#) +++

[dbb Vize Silberbach: Brüssel muss Kommunen mehr Luft lassen](#) +++

[Dauderstädt: Betriebsrenten müssen sicher bleiben](#) +++

[dbb bundesfrauenvertretung zur Gleichstellungspolitik: Handeln statt reden!](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Landesbünde des dbb mahnen nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Umsetzung](#) +++

[DBB NRW fordert gleiche Wochenarbeitszeit für Beamten- und Tarifbereich](#) +++

[BSBD sieht „vollzugspolitisches Chaos“ in östlichen Bundesländern](#) +++

[komba: Bundeskinderschutzgesetz zum Erfolg machen](#) +++

[VBE: Inklusion – ja, aber richtig!](#) +++

[VDR hält Scheitern am Übergang in 7. Jahrgangsstufe für Folge falscher Bildungspolitik](#) +++

[BRH empört über „Lebenswette“ der Deutschen Bank](#) +++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Professorenbesoldung in Hessen widerspricht Verfassung – dbb fordert Bund und Länder zur Korrektur auf

(dbb) Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 14. Februar 2012 die Besoldung von Professoren im Land Hessen für verfassungswidrig erklärt. Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen forderte daraufhin in Berlin den Bund und die Länder auf, die entsprechenden Besoldungsregelungen zu korrigieren: „Wir brauchen dringend die Anhebung der Grundbesoldung für Professorinnen und Professoren, zumindest auf das Niveau der C-Besoldung vor der Reform 2005.“

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mache deutlich, so Heesen, dass die Bezahlstrukturen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erheblich gelitten hätten. „Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine amtsangemessene Alimentation werden nicht mehr erfüllt. Alimentation heißt nämlich nicht Bezahlung nach Gutsherrenart, sondern bedeutet, dass Inhaber öffentlicher Ämter nach

Verantwortung und Leistung zu bezahlen sind. Die Entscheidung von Karlsruhe ist eine Klatsche für die 2005 vorgenommene Reform der Hochschulbesoldung, die eigentlich zum Ziel hatte, den Hochschulbereich für qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiver zu machen. Das Gegenteil ist passiert.“
(01/06/12)

Signal gegen Rassismus setzen – dbb unterstützt Aufruf zur Schweigeminute für Opfer rechtsextremen Terrors

(dbb) Der dbb unterstützt nachdrücklich das Anliegen, am 23. Februar 2012 um 12:00 Uhr bundesweit mit einer Schweigeminute der Opfer des rechtsextremen Terrors zu gedenken. „Wir fordern unsere Mitgliedsgewerkschaften und Landesbünde auf, sich anzuschließen,“ sagte der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Peter Heesen am 14. Februar 2012. „Es geht darum, nach den von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morden ein klares Signal zu geben: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt haben in Deutschland keinen Platz! Im Gedenken an die Opfer wollen wir innehalten, ein Zeichen der Trauer und des Mitgefühls mit den Familien und Freunden der Opfer, aber auch ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands setzen.“

Zu der Schweigeminute hatten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aufgerufen. Am 23. Februar wird der Terroropfer auch im Rahmen eines zentralen Staatsaktes der Verfassungsorgane des Bundes gedacht.

Im gemeinsamen Aufruf von BDA und DGB heißt es: „Die von rechtsextremistischen Ge-

walttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten.“
(02/06/12)

dbb begrüßt Leistungsausweitung für Demenzkranke im Pflege-Neuausrichtungsgesetz – Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs hätte aber Priorität haben müssen

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die im Entwurf des Pflege-neu-ausrichtungsgesetzes (PNG) vorgesehenen, deutlich ausgeweiteten Leistungen für an Demenz erkrankte Menschen begrüßt. „Dies erhöht die Flexibilität für pflegende Angehörige und stärkt den Grundsatz ‘ambulant vor stationär’, eine Neudefinition des Pflegebedürftig-

keitsbegriffs hätte aus unserer Sicht aber Priorität haben müssen", sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 13. Februar 2012 anlässlich der Verbändeanhörung in Berlin.

Mit zahlreichengeplanten Neuerungen - etwa der zusätzlichen Gewährung des hälftigen Pflegegeldes bei Kurzzeit- oder Verhinderungspflege - trage der Gesetzentwurf auch der langjährigen Forderung des dbb nach besserer Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf Rechnung. Die verbesserten Regelungen zur Anrechnung von Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung für Pflegenden leisteten einen wichtigen Beitrag Altersarmut zu vermeiden, so Dauderstädt. Hiervon seien bisher vor allem Frauen betroffen, die aufgrund der Pflege eines Angehörigen häufig lückenhafte Erwerbsbiographien aufweisen.

Der dbb Vize kritisierte jedoch, dass die noch in der Koalitionsvereinbarung angekündigte und im Eckpunktepapier der Bundesregierung vorgesehene Neudefinition des Pflegebedürfnis-

igkeitsbegriffs keinen Eingang in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren gefunden hat - ebenso wenig wie das Vorhaben, die Finanzierung der Pflegeversicherung auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zukunftsfest zu gestalten.

„So erstrebenswert die Leistungsausweitung und die damit verbundene Besserstellung der an Demenz erkrankten Menschen auch ist - es wäre sinnvoller gewesen, als ersten Schritt den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu zu definieren und - darauf basierend - die Leistungen neu zu gestalten und auszuweiten“, mahnte Dauderstädt. „Nun besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Leistungsausweitungen eine strukturelle Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs konterkarieren.“
(03/06/12)

dbb Vize Silberbach: Brüssel muss Kommunen mehr Luft lassen

(dbb) „Der Versuch, öffentliche Dienstleistungen weiter für den Wettbewerb zu öffnen, ist allzu offensichtlich.“ Mit diesen Worten kommentierte Ulrich Silberbach, der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft, den Versuch der Europäischen Kommission, Dienstleistungskonzessionen im Wege einer neuen Richtlinie einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen.

„Öffentliche Dienste müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben. Brüssel muss den Kommunen mehr Luft lassen“, verlangte Silberbach am 14. Februar 2012. Es sei zwar begrüßenswert, wenn Konzessionen unterhalb eines bestimmten Schwellenwerts gar nicht erfasst würden. Nur sei die im Richtlinienvorschlag vorgesehene Schwelle von fünf Millionen Euro zu niedrig angesetzt. Silberbach wandte sich entschieden gegen das Kommissionsvorhaben: „Diese Rechtsetzung ist mit der kommunalen Selbstverwaltung unvereinbar.“

„Fünf Millionen Euro klingt nach mehr als es ist, weil wir hier zumeist von mehrjährigen

Zeiträumen reden“, sagte Silberbach. Die Vergaben erfolgten häufig für Konzessionen, die über mehrere Jahre laufen. Die Fünf-Millionen-Schwelle würde aber nicht pro Haushaltsjahr gelten sondern für die Gesamtdauer der Vergabe. „Mehr Rechtssicherheit lässt sich mit diesem Vorschlag nicht erzielen“, zeigte sich der dbb Vize überzeugt. „Ich sehe keinen Bedarf für eine Neuregelung. Es gibt bereits verbindliche Leitlinien für Transparenz und Nichtdiskriminierung.“ Er befürchte negative Folgen für die kommunale Selbstverwaltung. „Dabei sollte die kommunale Selbstverwaltung doch eigentlich durch den Vertrag von Lissabon gestärkt werden“, so Silberbach.
(04/06/12)

Dauderstädt: Betriebsrenten müssen sicher bleiben

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat das von der EU-Kommission angekündigte Weißbuch Renten kritisiert, dem konkrete Rechtsetzungs-

schritte auf europäischer Ebene folgen sollen. „Nach allem, was wir wissen, will die Kommission die Mindeststandards für Betriebsrenten anheben. Das klingt gut, ist aber schlecht“, so der dbb Vize am 14. Februar 2012. Dauderstädt bemängelt eine fehlende Brüsseler Sensibilität für das deutsche Betriebsrentensystem. „Eigentlich weiß die Kommission um den demographischen Wandel. Sie weiß um die Bedeutung von Betriebsrenten für die Alterssicherung. Ich verstehe daher nicht, wie sie Regelungen vorsehen kann, die Betriebsrenten ausgerechnet in einem der am schwersten von der Alterung der Bevölkerung betroffenen EU-Staaten schwächen.“

Dauderstädt, der Vorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) ist, warnte davor, das Betriebsrentensystem hierzulande in Frage zu stellen: „Betriebsrenten werden in Deutschland freiwillig gewährt. Wenn sie sich aufgrund neuer EU-Regeln verteuern, kann das dazu führen, dass Arbeitgeber sie nicht mehr anbieten. Dann allerdings hätte die EU-

Kommission das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.“ Dauderstädt befürchtet, dass Vorgaben für das Eigenkapital verschärft werden, die zusätzlichen Finanzierungsbedarf auslösen würden. „Das würde die bisherigen Konditionen zwangsläufig verschlechtern.“
(05/06/12)

dbb bundesfrauenvertretung zur Gleichstellungspolitik: Handeln statt reden!

(dbb) „Handeln statt reden!“ – unter dieser Devise hat die dbb bundesfrauenvertretung Stellung zum Ersten Gleichstellungsbericht des Bundes bezogen. In einem aktuellen Positionspapier fordert sie eine „Lebensverlaufsorientierte Gleichstellungspolitik für den öffentlichen Dienst“. „Gleichstellung geht jeden an. Auch die Gewerkschaften müssen sich einmischen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 13. Februar 2012 in Berlin.

Mit dem Positionspapier wende sich die dbb bundesfrauenvertretung explizit an Entscheidungsträger. „Wir fordern sie auf, die Kritikpunkte und konstruktiven Vorschläge der Sachverständigenkommission in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig erweitern wir die Überlegungen zu einer lebensverlaufsorientierten Gleichstellungspolitik um die Dimension des öffentlichen Dienstes“, erklärte Wildfeuer. Auch ein Jahr nach der Veröffentlichung des Bundesgleichstellungsberichts habe das Dokument nicht an Brisanz verloren. „Jetzt wird es Zeit, dass die Bundesregierung ihre vorschnelle Stellungnahme zurückzieht und den Bericht wieder aus der Schublade holt.“ Gebraucht werde eine ernsthafte gleichstellungspolitische Debatte, die in konkreten Maßnahmen mündet.

Unter anderem fordert die dbb bundesfrauenvertretung für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes eine familienbewusste Arbeitszeitorganisation. Führungspositionen müssten auch in Teilzeit ermöglicht und beförderungsrelevante Arbeitsbewertungsverfahren geschlechtergerecht ausgestaltet werden. Darüber hinaus drängt die dbb bundesfrauenvertretung auf den zügigen Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr im gesamten Bundesgebiet und befürwortet ein diskriminierungsfreies Steuerrecht, das sich am Gesamtwohl der Familie ausrichtet.

Die Broschüre „Lebensverlaufsorientierte Gleichstellungspolitik für den öffentlichen Dienst“ im Internet unter:
http://www.frauen.dbb.de/publikationen/positionspapier%20_bundesgleichstellungspolitik.pdf
(06/06/12)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Landesbünde des dbb mahnen nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Umsetzung

(dbb) Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 14. Februar 2012 die Besoldung von Professoren im Land Hessen für verfassungswidrig erklärt hat, mahnen Landesbünde des dbb, die entsprechenden Besoldungsregelungen zu korrigieren.

Der BBW Beamtenbund Tarifunion Baden Württemberg forderte die Landesregierung auf, die Bezüge von Professorinnen und Professoren anzuheben. Der BW begreife das Urteil zugleich als Bestätigung seiner Position, dass Eingriffe in Besoldung und Versorgung, wie sie die grün-rote Landesregierung plane, nicht verfassungskonform sind, so BBW-Chef Volker Stich.

Der dbb hamburg wies darauf hin, dass mit dem Karlsruher Urteil festgestellt worden sei, dass die amtsangemessene Alimentation auch mit vergleichbaren Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes in Einklang gebracht werden müsse. Das Urteil mache Schluss mit der Bezahlung nach Haushaltslage, stellte der dbb Landesvorsitzende Rudolf Klüver fest. Er kündigte an, der dbb hamburg werde auf dem Klageweg weiter gegen die Kappung der Gehälter vorgehen. „Senat und Bürgerschaft müssen sich warm anziehen“, so Klüver.

Im Land Berlin seien die Koalitionsparteien von SPD und CDU nach den Festlegungen in ihrer

Koalitionsvereinbarung am Zuge, die Professorenbesoldung verfassungsgemäß neu zu regeln, sagte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann. Der rechtswidrige Zustand müsse schnellstens geändert werden.

Die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, rechnet mit Konsequenzen aus dem Urteil für die gesamte Beamtenbesoldung. „Es muss langsam begriffen werden, dass stetige Streichungen, Kürzungen und Verschlechterungen qualifizierte Kräfte abschrecken“, sagte sie. Maßstab für die Bezahlung dürfe nicht allein die Haushaltslage, sondern müsse die Qualität der Arbeit sein.

Auch der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, sieht in dem Gerichtsurteil eine Bestätigung dafür, dass die Bezahlstrukturen im öffentlichen Dienst nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden dürfen. Knecht sprach von einer „Signalwirkung“. (07/06/12)

DBB NRW fordert gleiche Wochenarbeitszeit für Beamten- und Tarifbereich

(dbb) Die noch immer unterschiedlich geregelte Wochenarbeitszeit von Beamten und Tarifbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen ist vom Landesbund des dbb kritisiert worden. „Es ist auf Dauer unerträglich, dass innerhalb einer Dienststelle bei zum Teil gleicher Arbeit und gleichen dienstlichen Aufgaben der Status darüber entscheidet, welche Wochenarbeitszeit für den einzelnen Beschäftigten gilt“, sagte der Vorsitzende des DBB NRW, Meinolf Guntermann, am 16. Februar 2012.

Die derzeitige wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten beträgt nach wie vor durchschnittlich 41 Stunden in der Woche, im Tarifbereich dagegen 39 Stunden 50 Minuten.

Guntermann forderte eine sofortige Vereinheitlichung der Wochenarbeitszeit auf dem Niveau des Tarifbereichs. Der von der Politik häufig

beschworene Gleichklang müsse auch verwirklicht werden, um Nachteile für die Beamten zu beseitigen. Guntermann mahnte, gleiches Recht für alle Statusgruppen müsse bereits vor der Großen Dienstrechtsreform in NRW verwirklicht werden.“

(08/06/12)

BSBD sieht „vollzugspolitisches Chaos“ in östlichen Bundesländern

(dbb) „Vollzugspolitisches Chaos“ herrscht nach Einschätzung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) im Strafvollzug der östlichen Bundesländer. Zum Beweis führt der BSBD in einer Erklärung vom 5. Februar 2012 an: Sachsen-Anhalt will an die gemeinsamen Pläne mit Sachsen zur Unterbringung der Sicherungsverwahrung in der JVA Burg nicht mehr gebunden sein. Im Gegenzug schickt Sachsen 80 in Chemnitz inhaftierte Frauen Ende des Jahres zurück nach Sachsen-Anhalt. Das dortige Justizministerium unter Leitung von Prof. Dr. Angela Kolb (SPD) nimmt Verhandlungen zum Frauenvollzug mit Brandenburg und „einem weiteren Bundesland“ auf, während Berlin und Brandenburg ihre gemeinsamen Vollzugsüberlegungen scheitern lassen. Berlin nimmt lieber eine absehbare Klagewelle wegen unwürdiger Haftbedingungen billigend in Kauf.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 4. Mai 2011 die bestehenden Regelungen zur Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt. Die Vorschriften seien mit dem Freiheitsgrundrecht der Untergebrachten nicht vereinbar, begründeten die Karlsruher Richter ihre Entscheidung. Das Urteil hat vor allem gravierende Auswirkungen auf Größe und Ausgestaltung der Hafträume.

Das Beispiel des Berliner Strafvollzuges mache deutlich, was auch anderen Ländern in Sachen Sicherungsverwahrung blühen kann, so der BSBD weiter: Weil nach einem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofes die Haftbedingungen nicht umgehend geändert wurden, sondern zu kleine Zellen immer noch für menschenunwürdige Haftbedingungen sorgen, steht dort eine Klagewelle der Betroffenen ins Haus. Nach Einschätzung von Experten geht es

dabei nicht nur in Einzelfällen um fünfstellige Entschädigungssummen.

„Statt sich der Dinge mit Pragmatismus und in Kooperation mit anderen Bundesländern anzunehmen, lässt man die Zeit mit politischen Diskussionen und Schuldzuweisungen verstreichen“, sagte der BSBD-Vorsitzende Anton Bachl. „Hier werden auf vielen Ebenen aus politischen Motiven und undurchsichtigen Interessenlagen in einer Weise Steuergelder verschwendet, die als skandalös bezeichnet werden muss.“ Wirtschaftlichkeit, ein verantwortungsvoller Umgang mit personellen Ressourcen und vor allem die Interessen des Steuerzahlers stehen vielfach zurück hinter der Unfähigkeit der Landespolitiker, gemeinsame Lösungen anzustreben und zu finden.

(09/06/12)

komba: Bundeskinderschutzgesetz zum Erfolg machen

(dbb) „Das neue, für Kinder, Eltern und Erzieher wichtige Bundeskinderschutzgesetz muss ein Erfolg werden und darf nicht Makulatur bleiben.“ Diese Einschätzung traf Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der kommunalen Fachgewerkschaft komba im dbb beamtenbund und tarifunion, am 6. Februar 2012. Die öffentlichen Arbeitgeber stünden in der Pflicht, in den Kommunen für ausreichendes und qualifiziertes Personal zu sorgen, damit das Gesetz mit Leben erfüllt werden kann, so Silberbach.

„Die Qualität eines Gesetzes wird sich an seiner Umsetzbarkeit messen lassen. Und dafür brauchen die Städte und Kreise ausreichendes sowie für diese Aufgabe entsprechend qualifiziertes Personal.“ Hier aber, so Silberbach, gebe es bereits erhebliche Defizite, auf die der dbb im Anhörungsverfahren auch deutlich hingewiesen habe.

Selbstverständlich stehe die komba gewerkschaft voll hinter dem gesetzlichen Ziel, den

aktiven Schutz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, um Vernachlässigung oder Missbrauch von Kindern zu verhindern. Städte, Kreise und Gemeinden brauchten dazu aber Spezialisten, die in dem sensiblen Umfeld im Interesse der Kinder wirksam arbeiten können. Dies sei gegenwärtig nicht ansatzweise zu erkennen. Silberbach und Sandra van Heemskerck, Vorsitzende des Bundesfachbereichs Sozial- und Erziehungsdienst in der komba gewerkschaft, wiesen darauf hin, dass derzeit niemand wisse, wie die Jugend-, Sozial-

oder Gesundheitsämter angesichts anhaltender Personaleinsparungen in den Kommunen es schaffen sollen, diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe im Sinne der gesetzlichen Vorgaben

zu realisieren. Präventive Arbeit sei bereits längst nicht mehr möglich.
(10/06/12)

Erste Runde der Tarifverhandlungen: DPVKOM bekräftigt Entgeltforderung für Telekom-Beschäftigte

(dbb) 6,2 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesthöhung der Monatsentgelte um 200 Euro sowie eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen und des Ausgründungsschutzes bis Ende 2016 – diese Forderungen hat die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) am 15. Februar 2012 in der ersten Runde der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Telekom AG in Bonn bekräftigt. Beide Seiten verständigten sich darauf, die Tarifrunde für die rund 60.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH Anfang März fortzusetzen.

„Wir haben dem Arbeitgeber heute unsere berechtigten Forderungen detailliert dargelegt und begründet. Dieser weigerte sich jedoch, ein erstes Tarifangebot für die Telekom-Beschäftigten vorzulegen. Die Mitarbeiter des Unternehmens und wir erwarten, dass die Deutsche Telekom nun spätestens in der zweiten Entgelttrunde Anfang März ein Angebot unterbreitet, über das sich zu verhandeln lohnt“, so der stellvertretende DPVKOM-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Horst Sayffaerth.

Nach Auffassung der DPVKOM sind die Entgeltforderung und eine Anhebung der Monatsvergütung der etwa 8.000 Auszubildenden und Absolventen der dualen Studiengänge um 100 Euro angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens gerechtfertigt. So hat

die Deutsche Telekom in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres einen Konzernüberschuss von 1,1 Milliarden Euro erwirtschaftet und ihre positive Geschäftsprognose für 2011 bestätigt. Die Bilanz für das zurückliegende Geschäftsjahr will das Unternehmen am 23. Februar 2012 präsentieren.

Sayffaerth weiter: „Wer Jahr für Jahr seine Aktionäre mit 3,4 Milliarden Euro geradezu überschüttet, dem muss auch die hervorragende Arbeit seiner Beschäftigten etwas wert sein. Die Mitarbeiter und die DPVKOM werden sich mit Sicherheit nicht mit einer Nullrunde abspesen lassen, wie dies vom Unternehmen bereits im Vorfeld der Tarifrunde gefordert wurde.“
(11/06/12)

DPoIG: Erschreckende Entwicklung beim Linksextremismus

(dbb) Mit großer Sorge hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) die am 6. Februar 2012 veröffentlichten Zahlen von linksextremistischen Gewalttaten im Jahr 2011 aufgenommen. Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr um fast 25 Prozent auf 1160 Fälle verdeutliche, dass der Staat künftig mehr tun muss, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Der Anstieg der Gewalt aus dem linken Spektrum zeigt, dass der Staat auf keinem Auge blind sein darf.“ Dazu gehöre auch, dass verantwortliche Politiker sich ohne Wenn und Aber von jeglichem politischen Extremismus distanzieren und der Polizei den Rücken stärken. „Es

darf nicht sein, dass Polizisten die Leidtragenden sind, wenn bei Demonstrationen Links und Rechts aufeinanderprallen.“ Die Polizei setze nur das um, was von Politik und Verwaltungsgerichten vorgegeben wird.
(12/06/12)

VBE: Inklusion – ja, aber richtig!

(dbb) Die Inklusion, also das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern, muss zügig, aber mit Augenmaß umgesetzt werden. Dabei müssen die Länder jedoch die Voraussetzungen schaffen, damit weder Kinder noch Lehrer zu Opfern der Inklusion werden. Das ist die Forderung von Udo Beckmann, dem Bundesvorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

„Wir haben mit der Unterzeichnung der UN-Charta sichergestellt, dass wir auch in Deutschland ein inklusives Bildungssystem haben wollen und dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen und Kinder mit Behinderung nicht mehr separiert werden“, sagte Beckmann am 16. Februar 2012 am Rande der Bildungsmesse didacta in Hannover.

Dabei sei es aber wichtig, dass auch die Schulen und Lehrer entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden, beispielsweise kleinere Klassenverbände und weniger Wochenstunden für die Lehrer, damit sie sich auf den Unterricht vorbereiten können. Außerdem müssen zusätzliche Lehrer eingestellt werden, um den

Anforderungen an den Lehrauftrag gerecht zu werden. „Deswegen ist in diesen Klassen eine Doppelbesetzung erforderlich, von einem Lehrer der allgemeinbildenden Schule und von einem Lehrer mit sonderpädagogischer Qualifikation“, forderte Beckmann.

Bundesweit brauchen laut der letzten Erhebung der Kulturministerkonferenz 397.554 Kinder eine spezielle Förderung, vor allem im Förderbereich Lernen (206.703). Aber auch die Bereiche Sprache (52.087 Kinder) und emotionale und soziale Entwicklung (59.200 Kinder) müssen die Lehrer verstärkt fördern. (13/06/12)

VDR hält Scheitern am Übergang in 7. Jahrgangsstufe für Folge falscher Bildungspolitik

(dbb) Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) hält die Bildungspolitik in Berlin für verfehlt. „Mit der Abschaffung einer bindenden Grundschulempfehlung, der Einführung von Losverfahren und den fehlenden schulischen Alternativangeboten für die Heranwachsenden zeigt, dass eine einseitige Orientierung hin zum Gymnasium für viele Kinder den falschen Bildungsweg darstellt“, sagte der VDR-Vorsitzende Jürgen Böhm am 13. Februar 2012..

Zuvor war bekannt geworden, dass mindestens zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien in Berlin im laufenden Schuljahr am Übergang in die 7. Jahrgangsstufe scheitern. Für Kinder wichtig sei die richtige Förderung in passenden Bildungsgängen. Dabei komme es vor allem darauf an, die Leistungsfähigkeit der Heranwachsenden richtig einzuschätzen, um Über- oder auch Unterforderungen zu vermeiden. Durch die Schaffung fließender Übergänge müssten dann den Schülerinnen und Schülern zum gegebenen Zeit-

punkt passgenaue Übergänge in den Beruf oder zum Studium eröffnet werden.

Die aktuelle Entwicklung in Berlin zeige, dass die Abschaffung der Realschulen dort eine Angebotslücke hinterlassen hat, die von den Eltern mit einem „Run“ auf die Gymnasien beantwortet wurde. „Dies nutzt den fehlgeleiteten Kindern nichts und trägt auch nicht zur Qualität der gymnasialen Bildung in der Hauptstadt bei“, so Böhm. Hier müsse nun endlich nachgesteuert werden. (14/06/12)

BRH empört über „Lebenswette“ der Deutschen Bank

(dbb) Der Seniorenverband BRH im dbb ist empört über Meldungen, wonach die Deutsche Bank ein Finanzprodukt anbietet, bei dem auf die Lebenszeit von Seniorinnen und Senioren gewettet werden kann.

Bei dem Fonds „Kompass Life 3“ wird die Rendite umso höher, je eher die Referenzpersonen - das sind 500 ausgewählte Senioren zwischen 72 und 85 Jahren - sterben. Dieser ausgesuchte Personenkreis stellt regelmäßig Gesundheitsdaten zur Verfügung, aus denen Versicherungsmathematiker die durchschnittliche Lebensdauer errechnen. Um ordentliche Renditen

zu erzielen, hoffen die Fondseinleger auf einen frühen Tod einer Referenzperson.

„Solche Wetten sind unmoralisch und verletzen sich auch nicht mit unserem Verständnis von der Würde des Menschen“, machte die Bundesvorsitzende des BRH, Gertrud Schöffler-Kroner, am 6. Februar 2012 deutlich. (15/06/12)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die im Vermittlungsausschuss des Bundestages am 8. Februar 2012 erzielte Einigung zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ist nach Einschätzung von **Kirsten Lühmann** „ganz im Sinne unserer kommunalen Abfall- und Wirtschaftsbetriebe“. Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende erklärte, der „Angriff der privaten Entsorger auf die Zuständigkeit der Kommunen bei der Haushaltssammlung“ und die somit drohende „Rosinenpickerei“ sei abgewehrt worden. „Im Interesse der Verbraucher, Beschäftigten und der Umwelt bleibt es bei der kommunalen Zuständigkeit“, so Lühmann. Die Planungssicherheit für Kommunen, öffentlich-rechtliche Entsorger und von Kommunen beauftragte private Betreiber sei vorläufig gesichert. „Auch die Beschäftigten bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgern können aufatmen. Eine weitere Arbeitsplatzgefährdung durch Dumpinglöhne bei gewerblichen Sammlern wird verhindert.“

inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bundesbeamtenbereich.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat gefordert, Steuerhinterziehung konsequent zu ahnden. Hintergrund ist ein aktuelles Urteil des Bundesgerichtshofes: Wer mehr als eine Million Euro am Fiskus vorbeischleust, kommt ins Gefängnis. „Es muss endlich Schluss sein mit der Verharmlosung von Steuerhinterziehung“, zitiert die „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 12. Februar 2012) den DSTG-Bundesvorsitzenden **Thomas Eigenthaler**. Schon der Begriff „Steuersünder“ bagatellisiert das Phänomen. Die Staatsanwaltschaften müssten jetzt umdenken und mehr Fälle auch wirklich ausermitteln. Zugleich gab Eigenthaler zu bedenken, die Zahl der bundesweit rund 3000 Fahnder müsste um zehn Prozent aufgestockt werden, um alle CDs mit Daten zu Steuerhinterziehern ordentlich abzuarbeiten.

Unter dem Motto „Frauen stärken – Starke Löhne“ zeigen weibliche dbb Mitglieder in der anstehenden Einkommensrunde Flagge. Sie unterstützen die Forderung der Bundestarifkommission und des dbb Bundesvorstands, die Löhne für die rund zwei Millionen Tarifbeschäftigten in Bund und Kommunen um 6,5 Prozent, mindestens aber um 200 Euro, zu erhöhen. „Die weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind sich einig, dass ein starkes Land auch Frauen faire Löhne zahlen muss. Schließlich stellen sie mit über 50 Prozent die Mehrheit der Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen“, sagte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 10. Februar 2012 und forderte eine zeit- und

Die Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr. fordert Frostzuschläge für Beschäftigte, die bei eisigen Temperaturen im Freien arbeiten müssen. „Wir wollen tariflich durchsetzen, dass es ab zehn Grad minus angemessene Kältezuschläge von bis zu 100 Euro pro Monat gibt“, sagte der VDStr.-Bundesvorsitzende **Siegfried Damm** der „BILD“-Zeitung (Ausgabe vom 4. Februar 2012). Denkbar wären beispielsweise „temperaturabhängige Tagespauschalen“. Am Bau gibt es zwischen Mitte Dezember und Ende Februar bereits „Mehraufwands-Wintergeld“, berichtete die Zeitung.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat sich für die Einführung einer so genannten Halterhaftung für Vergehen im Straßenverkehr ausgesprochen. „Die Fahrzeughalter sollen für geblitzte Raser zahlen, wenn die tatsächlichen Fahrer nicht ermittelt werden können“, sagte DPolG-Chef **Rainer Wendt** der „BILD“-Zeitung (Ausgabe vom 13. Februar 2012). Ein

ähnliches Modell gebe es bereits in den Niederlanden und in Österreich. Laut Wendt kommen derzeit in Deutschland bis zu 50 Prozent der Fahrer, die zu schnell unterwegs sind, nach dem Blitzen unerkannt davon. Da könne nur die direkte Haftung der Fahrzeughalter Abhilfe schaffen.
(16/06/12)